

„... staatlich legitimierte Legasthenie“

Rechtschreibreformierung versus Rechtschreibdeformierung

„Duzt man jemanden, so besteht kein Anlaß, durch Großschreibung besondere Ehrerbietung zu bezeugen.“ (Duden-„Information“ Dezember 1994)

Was geht das die Rechtschreibkommission an? Ich möchte einfach weiterhin höflich sein und in meiner Korrespondenz „Du“ schreiben. Merkwürdig: unter der Überschrift „Die Höflichkeitsgroßschreibung“ wird das „Du“ mit Ehrerbietung, das „Sie“ als schlichte höfliche Anrede bezeichnet. „Dieses Pronomen (du) drückt Vertrautheit aus, die Anwendung der Großschreibung für die distanziert-höfliche Anrede ist daher nicht angemessen.“ (Rechtschreibreformer Gallmann und Sitta, 1966) Welch erschütternde Einsicht wird mir da suggeriert: wir und unsere Eltern, Groß- und Urgroßeltern haben uns also in Briefen nicht angemessen ausgedrückt – und keiner hat es bemerkt.

Den aufmerksamen Leserinnen und Lesern von IDEE UND BEWEGUNG ist sicher aufgefallen, daß es mit der deutschen Rechtschreibung in den Artikeln dieser Zeitschrift genauso wie Kraut und Rüben durcheinander geht wie diesbezüglich derzeit in unserer Gesellschaft. Und ähnlich wie in der Politik, wo Einzelne medienhungrig

Ansichten in die Welt setzen und voreilig Beschlüsse gefaßt bzw. Gesetze erlassen werden, die einer realistischen Umsetzung nicht standhalten, dann zurückgenommen, korrigiert oder verschoben werden, so zeigt sich auch beim Thema „Rechtschreibreform“, daß dieser Bereich unserer Kultur ein Pflegefall geworden ist.

Während für Generationen der Duden wegweisend und nützliche Hilfe in Zweifelsfällen war, so gilt seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1998 dieses Monopol

nicht mehr; der Staat hat seither das Recht, „gestaltend“ in die Sprache einzugreifen. Doch war wohl niemand davon ausgegangen, daß dieses ohne demokratische Beteiligung geschehen würde. Aber die reformtreibenden Kräfte hatten aus Fehlern gelernt:

Frühere Versuche, die deutsche Rechtschreibung zu reformieren (Entwürfe soll es seit 1901 rund 100 gegeben haben, u.a. Erfurter Rechtschreibungsprogramm von 1931, Stuttgarter Empfehlungen aus dem Jahre 1959, der Frankfurter Kongreß „vernünftiger schreiben“ 1972 und die Reform von 1988) waren allesamt gescheitert, weil die Öffentlichkeit zu früh von den geplanten Änderungen erfuhr. So bemühte man sich, ein Regelwerk hinter verschlossenen Türen auszuhecken und die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen zu stellen. Das 1964 gegründete Institut für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim

ge, ob die Deutschen wüßten, was auf sie zukomme, antwortete: „Nein, überhaupt nicht. Die breite Öffentlichkeit ist so gut wie gar nicht informiert. (...) Man wird uns, die Kultusminister fragen: was habt ihr denn da angestellt? Es wird große Aufregung und viel Streit, sogar erbitterten Streit geben.“ (Zitat FAZ-Artikel vom 13.8.2004)

In den folgenden Monaten wurden weder Öffentlichkeit noch Parlamente beteiligt. Bundeskanzler, Bundesinnenminister und Ministerpräsidenten stimmten zu. Die „Gesellschaft für deutsche Sprache“ verlangte in einer Presseerklärung 1995, man möge nicht mehr inhaltlich über die Reform diskutieren, sonst würden Termine nicht eingehalten. Die Klage eines Rechtswissenschaftlers aus Jena, der die Reform von Landesparlamenten und Bundestag beschlossen haben wollte, wurde nicht vom BVG angenommen. Seine Verfassungsklage gegen die Re-

form war abgewiesen worden, weil sie „zu früh“ kam (der Kläger war noch nicht betroffen, weil das Gymnasium seiner Tochter die Neuregelung noch nicht praktizierte). Einige Wochen später wurde die Kritik der Verleger, Schriftsteller usw. mit Hohn und Spott

übergossen, weil sie „zu spät“ kam. Als die Schulen einiger Bundesländer die Neuregelung dann tatsächlich eingeführt hatten, war es selbstverständlich für einen Reformstopp erst recht „zu spät“. Die Strategie der Kultusminister, schon lange vor dem Inkrafttreten der Reform vollendete Tatsachen zu schaffen und dann mit dem Hinweis auf ebendiese Tatsachen die Unabänderlichkeit der Reform zu begründen, hatte Erfolg. Zu keinem Zeitpunkt hatte die Bevölkerung die Möglichkeit, das Reform-

alt: neu: irrewerden – *irre werden*
 achtgeben – *Acht geben* halbgar – *halb gar*
Radi-oo-mateur musikliebend – *Musik liebend*
 Thunfisch – *Tunfisch* tierliebend – *tierliebend*
 preisgeben – *preisgeben* Gußstahl – *Gussstahl*
 ex-akt – *e-xakt* ex-trem – *ext-rem*
 besserstellen – *besser stellen* Ketchup – *Ketschup*
 zurechtstellen – *zurechtstellen* weh tun – *wehtun*
 Bißspuren – *Bissspuren*

wurde im November 1991 von zuständigen staatlichen Stellen (KMK) mit der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Rechtschreibreform beauftragt. Wegen der gefürchteten öffentlichen Kritik auf Grund der Erfahrungen von 1988 wurde der Entwurf nur wenigen gesellschaftsrelevanten Verbänden zugestellt. Wenn die KMK heute behauptet, die Öffentlichkeit sei hinreichend beteiligt gewesen, steht das im Widerspruch zu einer Aussage des damaligen bayerischen Kultusministers Zehetmair, der 1995 auf die Fra-

werk auf einem rechtlich wirksamen Weg - also nicht nur in Leserbriefen und nutzlosen Eingaben - anzunehmen oder abzulehnen; die Parlamente wurden nicht damit befaßt. Bei einem Volksentscheid in Schleswig-Holstein - dem einzigen demokratischen Versuche in dieser Angelegenheit - lehnte eine klare Mehrheit die Einführung der neuen Regeln ab. Der Wille des Souveräns wurde von seiner Landesregierung ignoriert, die Regeln für verbindlich erklärt. Heutige bundesweite Umfragen ergeben eine Ablehnungsquote von 70 bis weit über 90 Prozent. Dennoch wird versucht, die Reform durchzusetzen.

Mit der Unterzeichnung der „Gemeinsamen Absichtserklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung“ von Ministern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz am 1. Juli 1996 in Wien, wurde das Duden-Privileg, das die KMK noch 1955 beschlossen hatte, aufgehoben. Die neuen Schreibungen sollten von 1996 an toleriert und 1998 offiziell eingeführt werden und alle früheren Schreibungen bis zum Jahre 2005 möglich sein. Etliche Bundesländer verkürzten die Übergangsphase und schufen mit der Einführung schon 1996 Fakten im Verfahren. (Bemerkenswerterweise war gleich am Tage nach der Wiener Absichtserklärung das erste reformierte Wörterbuch in den Buchhandlungen aufgetaucht.)

Im März 1997 konstituierte sich am Institut für Deutsche Sprache in Mannheim die sogenannte „Rechtschreibkommission“, eine zwischenstaatliche Kommission, die überwiegend aus Verfassern der Reform besteht und in Zweifelsfällen entscheiden sollen. (10 Männer, zwei Frauen, Jahrgang 1935-1948, sieben Deutsche, drei Österreicher, zwei Schweizer.) „Die Kommissionsmitglieder verkörpern ein Spezialistentum, das sich als ungewöhnlich

beratungsresistent erwiesen hat. Je stärker der Einspruch gegen die Details der Reform wurde, als desto unversöhnlicher, weil im Besitz der Reformhoheit, erwies sich das Gremium. Am Ende wollte es gar die totale Kontrolle und nur noch alle fünf

Im Oktober 1995 behaupteten die Reformer noch in einem Schreiben an die Ministerpräsidenten, daß die Rechtschreibreform 'dringend notwendig' sei. Die Änderungen seien jedoch so maßvoll, daß die Anschaffung neuer Schulbücher (ausgenommen

Rechtschreibmaterialien und Fibeln) nicht erforderlich sei. Seit Sommer 1996 kann allerdings in Wirklichkeit kein Schulbuch mehr verkauft werden, das nicht der Neuregelung folgt. „Unter Millionenverlusten mußten bereits gedruckte Bände eingestampft werden, eine Fibel zum Beispiel nur deshalb, weil ein einziges Wort (naß) nicht den neuen Regeln entsprach.“ (Ickler S. 146)

Seit der Ankündigung der großen Zeitungen

des Springer-Konzerns (u.a. Die Welt, Hamburger Abendblatt), des Spiegel und der Süddeutschen Zeitung von Anfang August 2004, zur alten („bewährten“) Rechtschreibung zurückzukehren – die FAZ war die einzige Zeitung, die die Umstellung schon nach kurzer Zeit rückgängig gemacht hatte –, mehren sich die Stimmen der Reformgegner. Bedauerlich, daß man so lange mit Kritik und Konsequenz gezögert hat. Es gab hier und dort Aufrufe und Protestanzeigen von Instituten, Schriftstellern und Wissenschaftlern (in einer „Frankfurter Erklärung“ verurteilten zur Buchmesse 1996 über 300 deutsche Intellektuelle, eine nie da gewesene Allianz des Geistes, die Widersprüchlichkeit, die Geschichtslosigkeit und Leserfeindlichkeit der angepeilten Regelungen), die jedoch nie der breiten Öffentlichkeit zugänglich waren und mangels Medienwirksamkeit von den dissonanten Konzerten der Tagespolitik übertönt wurden und verhallten. So bekennt heute der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicky: „Wir, die Schriftsteller und Journalisten in den vier deutschsprachigen Ländern, haben gewarnt und gebeten und erregt gefordert. Wir haben uns empört.

„... Angenehm wäre die Umstellung für die Schüler vielleicht nicht. Auch nicht für ihre Lehrer. Aber man muß vor allem an die 70 Millionen Erwachsenen denken. Die werden erleichtert aufatmen, wenn die Reform endlich kippt.“ (Bestseller-Autor Wolf Schneider "Deutsch für Profis")

„Ich denke gar nicht daran, mir von irgendwelchen Bürokraten vorschreiben zu lassen, wie ich richtig zu schreiben habe.“ (Dieter Wiefelspütz, SPD)

„Die bewährte Rechtschreibung ist besser, weil nach der neuen die Kommasetzung sinnstreu ist.“ (Peter Müller, CDU-Ministerpräsident)

„Die Reform war überflüssig wie ein Sonnenstudio in der Wüste. Die klassische Schreibweise hat sich bewährt und wird von den meisten Deutschen genutzt.“ (Rainer Brüderle, FDP)

„Ich bin froh, daß ich die alte Rechtschreibung draufliege. Die Reform - nehmt es mir nicht übel - habe ich von Anfang an nicht ernst genommen.“ (Götz George, Schauspieler)

„Wir sind auf dem Wege, unser wichtigstes Kommunikationsmittel so zu vereinfachen, daß es in einigen Generationen genügt, sich grunzend zu verständigen.“ (Victor von Bülow - Loriot)

„Erstens war die alte Rechtschreibung besser zu lesen, zweitens war sie sinniger.“ (Veronica Ferres, Schauspielerin)

„Die Sprache gehört dem Volk. Sie entwickelt sich nicht per Gesetz.“ (Cornelia Pieper, FDP)

Jahre berichten.“ (FAZ, 23.08. 2004) Professor Theodor Ickler, Erlanger Sprachwissenschaftler (Germanistik, klassische Philologie, Philosophie und Indogermanistik, Lektor für Altgriechisch), gehört zu den wenigen außerhalb der Rechtschreibkommission, die sich schon 1995 intensiv mit den neuen Regeln befaßt hatten. Seither hat er unermüdlich den willkürlichen und sprachentstellenden Charakter der Reform bloßgelegt und den Urhebern Fehler und Inkompetenz nachgewiesen. Der Streiter gegen die Reform hat durch seine sachlichen Chroniken über ihre Entwicklungsgeschichte für jeden nachvollziehbar den Wirrwarr der Beschlüsse und Geheimniskrämereien gelichtet.

Noch bevor der Öffentlichkeit das neue Regelwerk zugänglich gemacht wurde, veröffentlichten einige Reformer der Kommission, die z.T. Dudenautoren bzw. bei einschlägig interessierten Medienkonzernen beschäftigt sind, Broschüren und Taschenbücher, woran deutlich wird, daß hier eine gehörige Portion geschäftliches Interesse an der kommerziellen Verwertung ihrer Arbeit bestand. „Ein Skandal, der leider noch zu wenig Beachtung findet.“ (Ickler, S. 146)

Aber alles war vergeblich. Wahrscheinlich haben wir die Gefahr unterschätzt. Ich bekenne mich schuldig. Denn ich habe vor genau vier Jahren öffentlich erklärt, daß ich die neue Rechtschreibung ‚für ein großes Unheil, beinahe für eine nationale Katastrophe‘ halte. Warum ‚beinahe‘? Es war schon damals unzweifelhaft eine Katastrophe und ist es heute erst recht. Ein Chaos ist entstanden...“ (Spiegel 32/2004, Seite 144)

Und das stellen wir allerorten fest. Viele – ursprünglich in der Rechtschreibung sicher – zweifeln: „... Früher habe ich Buch-Manuskripte ohne Rechtschreibfehler abgeliefert, heute weiß ich oft nicht mehr, wie man Sachen schreibt, selbst Dinge, die sich nicht verändert haben. Es ist ein heilloses Durcheinander, was da von den Kultusministern verfügt wurde.“ (Spiegel-Chef Stefan Aust) Matthias Döpfner, damaliger Chefredakteur der „Welt“ und heutiger Chef des Springer-Verlages, nennt im August 1998 in seinem Kommentar die „Rechtschreibreformierung vor allem eine Rechtschreibdeformierung“. Die Folge sei „nicht Vereinfachung, sondern Verwirrung, nicht Klarheit, sondern staatlich legitimierte Legasthenie.“ „Es war ja eine willkürliche, nur zum Teil logische Veränderung der bisherigen Rechtschreibung, die in Wahrheit völlig absurd und überflüssig gewesen ist, zum Teil falsch begründet.“ (Stefan Aust, Chefredakteur Der Spiegel)

Nun müßten die Proteste der letzten Monate doch einiges bewirkt haben. Kürzlich erschien der neue Duden, die 23., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 1152 Seiten, in dem (an der Rechtschreibkommission vorbei) etliche Veränderungen vorgenommen worden sind, die sich hauptsächlich auf eine unendliche Vermehrung der Varianten auswirken. Diese Fülle der sowohl-als-auch-Möglichkeiten ist durch Rotdruck hervorgehoben. In einigen Bereichen hat es jedoch auch zu einer grundsätzlichen Umkehr geführt. (An Einzelheiten Interessierte seien auf den Artikel von Theodor Ickler „Das unmögliche Wörterbuch“ in der FAZ vom 27. August 2004 verwiesen.)

Was ist nun der Weg aus diesem Wirrwarr? Die (rechtlich zu derartigen Entscheidungen eigentlich gar nicht legitimierten) Kultusminister fordern „in schnödester Weise ignorierend und in sturer, starrer und vernagelter Haltung“ (Klaus Reichert, Präsident

der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung) die Beibehaltung der Reform; etliche Vertreter der Akademie klagten Ende August dieses Jahres „heftig und voller Leidenschaft gegen das ‚Desaster‘ der Rechtschreibung, gegen ihren ‚Angriff auf die Strukturen der Sprache‘, gegen den ‚bürokratischen Schwachsinn der Reformer‘. Sie sowie einzelne Politiker sind für einen Kompromiß. 37 Mitglieder der Berliner Akademie der Künste und der DASD fordern die Rückkehr zur bewährten Rechtschrei-

„Die Rechtschreibreform ist ein Werk der fehlgeleiteten Pedanterie.“

(Reinhard Markner, Vorsitzender der Forschungsgruppe Deutsche Sprache)

bung. (FAZ 31.8.04) Ebenso fordern namhafte Dichter und Schriftsteller (z.T. von Anfang an strikte Gegner wie Günter Grass, Martin Walser, Hans Magnus Enzensberger, Tankred Dorst, Siegfried Lenz, Elfriede Jelinek, Loriot) ihre Rücknahme.

Thomas Paulwitz (Deutsche Sprachwelt) fordert die Abschaffung der Rechtschreibreform auch mit Rücksicht auf die Schulkinder, da sie bei einer Rücknahme nicht mehr gezwungen seien, in mehreren Rechtschreibwelten zu leben. Sie müßten nicht befürchten, daß ihnen ab dem 1. August 2005 als Fehler angestrichen wird, wenn sie so schreiben wie bedeutende zeitgenössische Schriftsteller, die sich der klassischen Rechtschreibung bedienen. Auch könnten die Schulkinder wieder ihre Eltern fragen, die – derzeit verunsichert – keine sichere Auskunft über die Reformschreibweise geben könnten. (DSW, 9.8.2004)

Wie die kultuspolitische Entscheidung auch ausfallen wird: nach der „neuen Rechtschreibung“ unterrichtete Schüler wachsen auf in einer Gesellschaft, in der etwa 90 Prozent der verfügbaren Bücher sowie über 60 Prozent der Tages- und Wochenzeitungen nach der alten Rechtschreibung gedruckt sind. Die übrigen vorwiegend Regionalzeitungen sind zum Teil abhängig von der Schreibweise, in der sie von den Nachrichtenagenturen bedient werden; unter ihnen ist das Votum recht gespalten, die Haltung abwartend. Der Suhrkamp-Verlag hatte im Einvernehmen mit seinen Autoren die Reform nie übernommen, abgesehen von seiner Schullek-

türe-Reihe. Der Schulbuchverleger Klett befürwortet den Schritt der großen Zeitungen und schlägt eine Rücknahme der Reform in kleinen Schritten vor. In jedem Lesebuch finden sich Texte in reformierter und bewährter Schreibung nebeneinander, selbst in Abituraufgaben müssen Prüfungstexte von einer ganzen Reihe zeitgenössischer Schriftsteller in bisheriger Schreibung gedruckt werden, die Prüfungsaufgaben werden aber in reformierter Schreibung verfaßt. Wenn das nicht verunsichert...!

Angesichts folgender Äußerung einiger mit der Reform betrauten (Karl Blüml, Vorsitzender der Zwischenstaatlichen Kommission sowie Horst Sitta, Kommissionsmitglied) zweifelt man wahrhaftig an ihrer Legitimität dazu: „Man sollte das Ganze nicht so tiefenst nehmen. Es geht doch nur um die Schreibung, nicht um die Sprache.“

Genau um die geht es uns aber!

Und da IDEE UND BEWEGUNG „eine vielseitige Zeitschrift ihrer unterschiedlichen Leser“ ist, wird es in ihr auch noch weiterhin eine Weile diesbezüglich wie Kraut und Rüben durcheinander gehen.

Wolfgang Moeller (Strubb)

Verwendete Quellen:

Süddeutsche Zeitung, 25./26.07.2004
Hamburger Abendblatt, 7./8.8.2004
Deutsche Sprachwelt, 09.08.2004
Bildzeitung, 10.08.2004
Pressemitteilungen Stolz-Verlag, 12.8.04
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.8./11.8./13.8./24.8./26.8./27.8./28.8./31.8.2004
FAZ-Net 25.8./26.8./31.8.2004
Der Spiegel, Nr. 32/2004
Theodor Ickler: Die sogenannte Rechtschreibreform - Ein Schildbürgerstreich, St. Goar 1997
Duden, Die deutsche Rechtschreibung, 23., völlig neu bearbeitete u. erweiterte Auflage, Mannheim 2004

„... das ß ist vor allem ein Silbenschlußzeichen. Es hat die Funktion, das Wortbild in lesefreundlicher Art zu gliedern. Nur wer die ß-Schreibung beherrscht, kann auch die ss-Schreibung richtig anwenden. Die richtige und vollständige Schreibregel heißt nicht: ‚Schreibe ss nach kurzem Vokal‘ sondern: ‚Schreibe ss nach kurzem Vokal, wo vorher ß geschrieben wurde.‘ Den zweiten Teil haben Reformer unterschlagen; deshalb schreiben unsere Kinder heute unter anderem: Autobuss, Zeugniß, du bist, wass, Kiste.“ (Pressemitteilungen)

Logik der neuen Rechtschreibung:

„morgen früh“, „morgen Abend“, „Montagnachmittag“

Zusammen- und Getrennschreibung

Vor der Reform - nach der Reform

bekanntmachen	bekannt machen
bereitmachen	breitmachen
fertigmachen	fertig machen
dasein	da sein
darunterstehen	darunter stehen
fernbleiben	fernbleiben
fernhalten	fern halten
frischgebacken	frisch gebacken
frischgebackenes Brot	frischgebackenes Brot
gutgehen	gut gehen
gutmachen	gutmachen
heißgeliebtes Mädchen	heiß geliebtes Mädchen
heißgelaufener Motor	heißgelaufener Motor
ich habe	ich habe
maschinegeschrieben	Maschine geschrieben
maschinegeschriebener Brief	maschinegeschriebener Brief
schlechtgelaunt	schlecht gelaunt
mißgelaunt	missgelaunt
vorwärtsweisend	vorwärts weisend
zukunftsweisend	zukunftsweisend
wohlverdient	wohlverdient
wohlversorgt	wohl versorgt
diensthabender Beamter	Dienst habender Beamter
dienstverpflichteter Soldat	dienstverpflichteter Soldat
maßhaltend	Maß haltend
maßgebend	maßgebend
musikliebend	Musik liebend
tierliebend	tierliebend
alleinstehend	allein stehend
auseinandersetzen	auseinander setzen
dahinterkommen	dahinter kommen
fahrenlassen	fahren lassen
schiefgehen	schief gehen
nichtssagend	nichts sagend
kurzerhand	kurzer Hand
zuende	zu Ende
hochgelehrt	hoch gelehrt
hocherfreut	hocherfreut
hinterhergegangen	hinterher gegangen
zur Zeit	zurzeit
festverwurzelt	fest verwurzelt
festverzinslich	festverzinslich
halblang	halblang
halbleer	halb leer
hochachten	hoch achten
kleinkariert	klein kariert

Groß- und Kleinschreibung

Vor der Reform - nach der Reform

so leid es mir tut	so Leid es mir tut
wie recht du doch hast	wie Recht du doch hast
blutleer	Blut leer
beim alten lassen	beim Alten lassen
bankrott gehen	Bankrott gehen
eislaufen	Eis laufen
seiltanzen	seiltanzen
kegelschieben	Kegel schieben
das Hohe Haus	das hohe Haus
die Hohe Tatra	die Hohe Tatra
rote Bete	Rote Bete
rote Grütze	rote Grütze
pleite gehen	Pleite gehen
das wenigste	das wenigste
das größte	das Größte
der Schwarze Freitag	der Schwarze Freitag
die Schwarze Kunst	die schwarze Kunst
probeschreiben	Probe schreiben
achtgeben	Acht geben
im voraus	im Voraus
aus schwarz weiß machen	aus Schwarz Weiss machen

Trennungen

Vor der Reform - nach der Reform

Ex-amen	auch: E-xamen
Infil-tration	auch: Infilt-ration
Kon-trolle	auch: Kont-rolle
neu-tral	auch: neut-ral
ob-skur	auch: obs-kur
Repu-blik	auch: Repub-lik
Pu-blikum	auch: Pub-likum
Zen-trum	auch: Zent-rum
voll-enden	auch: vol-lenden
Ob-late	auch: O-plate
Halb-edelstein	auch: Halbe-delstein

ss statt ß nach kurz gesprochenem Vokal

Vor der Reform - nach der Reform

Flußschiffahrt	Flussschiffahrt
Meßstab	Messstab
Streßsituation	Stresssituation
Schlußstrich	Schlussstrich
Fäßchen	Fässchen

Doppelschreibungen (sowohl als auch):

Aberhunderte - aberhunderte; aufseiten - auf Seiten; aufs beste geregelt - aufs Beste geregelt; bittersüß - bitter-süß; Leichtverwundete - leicht Verwundete; Kleingedrucktes - klein Gedrucktes; krebserregend - Krebs erregend; hierzulande - hier zu Lande; Mayonnaise - Majonäse; hochbegabt - hoch begabt; Brennessel - Brennessel - Brenn-Nessel; alleinerziehend - allein erziehend; andersdenkend - anders denkend;selbständig - selbstständig; nichtssagend - nichts sagend; weitreichend - weit reichend;

Auf den folgenden Seiten ist zur **Entstehung der Rechtschreibreform** eine **Chronik** zu lesen.

Die Entstehung der Rechtschreibreform

Eine Chronik

Die Geschichte der Rechtschreibreform läßt sich mit einem Staffellauf vergleichen, bei dem der Stab unabhängig davon weitergereicht wurde, ob in Deutschland eine Monarchie, eine Diktatur oder eine Demokratie den Herrschaftsrahmen abgab. Unablässig variierten die „Neuerer“ alte Vorschläge; nur die ideologische Verbrämung änderten sie von Fall zu Fall. Sie waren sich bewußt, daß die Öffentlichkeit ihre Pläne nicht billigen werde.

1876 Die erste orthographische Konferenz in Berlin verläuft ergebnislos. Sie hatte die Rechtschreibung vereinheitlichen und systematisieren sollen.

1880 Der Lehrer Konrad Duden gibt sein „Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache“ heraus. Es fußt auf der preußischen Schulorthographie.

1901 Die zweite orthographische Konferenz in Berlin beschließt für den deutschen Sprachraum „Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis“. Es ist die erste einheitliche Schreibnorm. Dudens Wörterbuch verschafft ihr zunächst in den Schulen und bei Druckern, dann allgemein Anerkennung. Richtschnur des „Duden“ war seither die behutsame Anpassung an den sich wandelnden Sprachgebrauch.

1924 Gründung des „bunds für vereinfachte rechtschreibung“. Sein „minimalprogramm“ lautet, alle Wörter klein zu schreiben.

1931 Erfurter Rechtschreibungsprogramm. Der Vertretertag des Bildungsverbands der deutschen Buchdrucker entwirft eine Mindestreform, deren Kernforderungen in den Rechtschreibentwürfen der nächsten 65 Jahre ständig wiederkehren werden: 1. Kleinschreibung mit Ausnahme der Satzanfänge und Namen („gemäßigte Kleinschreibung“). 2. Vermehrte Getrenntschreibung; keine Unterscheidung von sinnlicher und übertragener Bedeutung. 3. Eindeutschung von Fremdwörtern. 4. Trennung nach Sprechsilben. 5. Schrittweise Beseitigung aller Dehnungszeichen und der Bezeichnungen der Vokalkürze. 6. Ersetzung „schwieriger“ Buchstaben durch andere, zum Beispiel f statt v (frefel), s statt ß und dergleichen mehr. Danach würde „Vieh“ zu „fi“.

1933 Die „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums“ in München, kurz „Deutsche Akademie“ genannt, setzt sich für die Einrichtung eines „Deutschen Sprachamts“ ein, das 1935 geschaffen wird, aber keine Kompetenzen erhält. Der Generalsekretär der Akademie, Franz Thierfelder, wirbt dafür, daß auf den „völkischen Aufbruch“ der „Aufbruch der Sprache“ folgen müsse.

1941 Bernhard Rust, preußischer Kultusminister und seit 1934 auch Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, setzt eine Orthographiekommission ein. Ihre „Vorschläge zur Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung“ stimmen weitgehend mit dem Erfurter Programm überein. Sie favorisieren die „gemäßigte“ Kleinschreibung. Diskutiert wird darüber, ob das stimmlose „s“ nach kurzem Vokal „ss“ und nach langem Vokal „ß“ geschrieben werden sollte. Kein Komma vor „und“ und „oder“. Nicht zuletzt wegen der Glorifizierung der „Führerreden“ erhält das gesprochene Wort Vorrang vor dem geschriebenen Wort. Entsprechend werden die Laut-Buchstaben-Angleichungen und die Trennung nach Sprechsilben aufgegriffen. Die Reform soll der deutschen Sprache Weltgeltung verschaffen. Rust muß dem Reichsinnenministerium zusichern, daß über die Vorarbeit nichts an die Öffentlichkeit gelange.

1944 Rust und seine sprachwissenschaftlichen Berater legen einen überarbeiteten, vorsichtigeren Gesetzentwurf („Kleine Rustsche Reform“) vor: 1. Eindeutschung von Fremdwörtern (Filosof, Frisör, rytmisch), 2. Die Neuregelung der Groß- und Kleinschreibung wird verschoben. Empfohlen wird statt der „gemäßigten“ Kleinschreibung „vermehrte Groß- und Auseinanderschreibung“. (Diese Anregung wird die Reform von 1995/96 aufgreifen.) 3. In Zusammensetzungen werden Konsonanten nur zweimal geschrieben: Schiffahrt, aber auch Schiffracht. 4. Trennung nach Sprechsilben: Pä-da-go-ge. 5. In Satzverbindungen vor „und“ und „oder“ kein Komma.

27. Juni 1944: „Tagesparole des Reichspressechefs“: Über die neuen Regeln für die Rechtschreibung sei in der

Presse bis auf weiteres nicht zu berichten.

24. August 1944: „Führerbefehl“ Adolf Hitlers: Die Arbeiten an der Rechtschreibreform seien bis Kriegsende zurückzustellen. Die noch nicht ausgelieferte Auflage von einer Million Exemplaren der Kleinen Reform wird eingestampft.

1952 Franz Thierfelder, inzwischen Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart, regt die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für Sprachpflege“ an.

1954 Stuttgarter Empfehlungen. Die Arbeitsgemeinschaft für Sprachpflege faßt ihre Vorschläge in acht Punkten zusammen, die dem Erfurter Programm der Drucker von 1931 und den Rustschen Plänen von 1941 ähneln, gibt sich aber weniger radikal. Die Reform soll der Erleichterung des Schreibens im Unterricht, der Stärkung des Deutschen als internationaler Verkehrssprache sowie der Vermeidung eines Minderwertigkeitsgefühls von weniger Gebildeten dienen. Thomas Mann, Hermann Hesse und Friedrich Dürrenmatt lehnen die Empfehlungen ab.

1955 Die Kultusministerkonferenz beschließt, daß an Schulen der „Duden“ verbindlich sei. Die DDR schließt sich der Regelung stillschweigend an.

1956 Die Zweiteilung Deutschlands spaltet auch den „Duden“. Der „West-Duden“ erscheint beim Bibliographischen Institut (AG) in Mannheim, seit der Verlag in Leipzig enteignet worden ist. Der „Ost-Duden“ wird vom „Volkseigenen Betrieb Bibliographisches Institut“ in Leipzig herausgegeben, der sich die Verlagsrechte widerrechtlich aneignet.

1958 Wiesbadener Empfehlungen des Arbeitskreises für Rechtschreibregelung. In den wesentlichen Punkten - Kleinschreibung von Substantiven, Zusammen- und Getrenntschreibung, vereinfachte Kommaregeln, Silbentrennung - folgen sie den Anregungen von 1931, 1941 und 1954. Der Vorstoß scheitert am Protest der Öffentlichkeit.

1972 Die Hessischen Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht verdrängen die Schriftsprache, sie dienen den besser Gebildeten und kapitalistischen Ausbeutern als Herrschaftsinstrument. Die Richtlinien geben der

Förderung der sprachlichen (vor allem mündlichen) Kommunikationsfähigkeit Vorrang. Demgegenüber sei das Erlernen der Rechtschreibung zweitrangig.

1973 Kongreß „vernünftiger schreiben“ in Frankfurt. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Verband deutscher Schriftsteller und das PEN-Zentrum Deutschland setzen sich mit antikapitalistischer Begründung vor allem für die Kleinschreibung der Substantive ein. Internationaler Wiener Kongreß, veranstaltet von der Österreichischen Gesellschaft für Sprachpflege und Rechtschreiberneuerung. In Wien können sich west- und ostdeutsche Linguisten quasi auf neutralem Boden treffen. Variation der alten Reformpläne.

1977 Gründung der „Kommission für Rechtschreibfragen“ am Institut für deutsche Sprache (IdS) in Mannheim.

1978 Zweiter Wiener Kongreß.

1987 Die deutsche Kultusministerkonferenz läßt ein neues Regelwerk ausarbeiten. Den Auftrag erhalten nicht etwa die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt und andere Akademien, sondern zwei in der Tradition der Reformen stehende Einrichtungen, nämlich das Institut für deutsche Sprache in Mannheim (nicht zu verwechseln mit der Duden-Redaktion) und die Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden. Es handelt sich um Theoretiker. Kein Schriftsteller, kein Lehrer, kein Journalist, also kein Sprachpraktiker, dem es vor allem auf die Verständlichkeit des Geschriebenen für den Leser ankäme. Mit einer Ausnahme treten sämtliche Mitglieder der Kommission für die Kleinschreibung von Substantiven ein.

1988/89 Die Kommission hält sich an die überlieferten Reformvorschläge: Der apt ißt mit dem keiser al im bot. Der erste Entwurf gelangt aus Versehen in die Öffentlichkeit und scheitert am allgemeinen Protest.

1992 In Rorschach in der Schweiz verabschieden Sprachwissenschaftler aus Deutschland, Österreich und der Schweiz einen Entwurf zur Rechtschreibreform. Er enthält kein Wörterverzeichnis, läßt daher keinen Schluß über das Ausmaß der geplanten Neuerungen zu. Zur Groß- und Kleinschreibung werden drei konkurrierende Vorschläge gemacht.

1993 Die Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz fürchtet nach der Erfahrung von 1988 öffentliche Kritik. Der Entwurf wird daher zunächst nur interessierten Verbänden vorgestellt.

Es handelt sich um die vorsichtigste Empfehlung in der Geschichte der Reformvorschläge. Bezeichnenderweise greift sie die Anregung auf, der Kleinschreibung von Substantiven eine vermehrte Großschreibung bei gleichzeitig reduzierter Zusammenschreibung vorzuziehen (vergleiche 1944). Unterscheidungsschreibungen werden weitgehend, aber nicht so radikal wie im Erfurter Programm von 1931 aufgehoben. Trennung nach Sprechsilben. „Gemäßigte“ Eindeutschung von Fremdwörtern. „ss“ nach kurzem, „ß“ nach langem Vokal (vergleiche 1941). In Zusammensetzungen werden Konsonanten nach kurzem Vokal dreifach geschrieben: Schiffahrt wie Schiff-fracht. „Liberalisierung“ der Zeichensetzung. Im Gegensatz zu einigen Wortführern von 1954 und 1958 stehen die Reformen unserer Tage nicht im Verdacht, je Sympathien für die Nationalsozialisten gehegt zu haben.

November 1994 3. Wiener Gespräche. Sprachwissenschaftler und Kultusbeamte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie aus Ländern mit deutschsprachigen Minderheiten billigen den Entwurf. Kein Minister nimmt daran teil. Es gibt kein Protokoll. Auf einer Pressekonferenz der deutschen Kultusminister werden den Journalisten die Leitlinien vorgestellt; dazu wird eine exemplarische, aber keine vollständige Wörterliste präsentiert. Die erste Reaktion ist Erleichterung darüber, daß die Reformen von der Kleinschreibung der Substantive und der Ersetzung von „v“ durch „f“ (kein „frefel“) sowie von „ai“ durch „ei“ Abstand nehmen.

1995 In einem am 29. November 1995 in der „Rheinischen Post“ veröffentlichten Interview sagt der bayerische Kultusminister Zehetmair: 1. „Ich habe Hunderte von Briefen erhalten, vornehmlich aus Österreich und der Schweiz - mit der Tendenz, daß die meisten Menschen die Reform überhaupt nicht wollen.“ 2. „Wenn man alle Ministerpräsidenten zur Reform befragt, gewinnt man den Eindruck, sie würden davon am liebsten gar nichts wissen.“ 3. „Es gibt aber auch die Diskussion darüber, ob die Landtage in die Entscheidung mit einbezogen werden müssen. Wenn das der Fall ist, wird die Reform - da bin ich mir sicher - nicht stattfinden.“ Zehetmair kündigt „ein paar kleine Korrekturen“ an. Deshalb muß der bereits gedruckte neue „Duden“ wieder geändert werden.

Dezember 1995: Die Kultusminister der deutschen Länder stimmen der

überarbeiteten Fassung zu und versichern sich der Rückendeckung durch die Ministerpräsidenten. Das redigierte Regelwerk wird an alle Teilnehmerstaaten verschickt.

1996

Juli 1996: „Gemeinsame Absichtserklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung“ in Wien. Von deutscher Seite unterzeichnen der Präsident der Kultusministerkonferenz, Reck, und im Auftrag des Bundesinnenministers dessen Staatssekretär Lintner. Ferner unterzeichnen Minister oder Beauftragte aus Belgien, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Österreich, Rumänien, der Schweiz und Ungarn. In einer Presseerklärung der deutschen Kultusminister heißt es, der gemeinsame Zeitplan sehe vor, „daß die Neuregelung der Rechtschreibung am 1. 8. 1998 wirksam wird“.

August 1996: Zehn Bundesländer führen die neuen Regeln an den Schulen ein und schaffen damit - zwei Jahre vor dem vereinbarten Inkrafttreten - vollendete Tatsachen, auf die sie sich fortan berufen, um die Unzumutbarkeit einer Revision zu begründen. Einen Tag nach der Wiener Absichtserklärung erscheint das Bertelsmann-Rechtschreibwörterbuch, das der Verlag auch an alle 40 000 deutschen Schulen verschickt. Der neue Duden, dessen Privileg durch die Neuregelung aufgehoben ist, kommt Ende August heraus. Im Laufe der nächsten vier Jahre übernimmt er wieder die Marktführerschaft.

Oktober 1996: Die Bevölkerung lehnt die Neuregelung ab. Das Institut für Demoskopie Allensbach ermittelt: 75 Prozent sagen: „Wir brauchen keine Reform.“ 12 Prozent sprechen sich dafür aus; 13 Prozent sind unentschieden.

Oktober 1996: „Frankfurter Erklärung“. Die Veröffentlichung der vollständigen Wörterliste und die unterschiedlichen, teilweise einander widersprechenden Regelauslegungen der Wörterbuch-Verlage lassen das ganze Ausmaß und die Fehler der Neuregelung erkennen. Daher fordern Schriftsteller, Germanisten, Verleger und Journalisten auf der Frankfurter Buchmesse, bei der bisherigen Rechtschreibung zu bleiben. Falls die Reform verwirklicht werde, stehe eine „jahrzehntelange Verwirrung“ bevor.

25. Oktober 1996: Auf die „Frankfurter Erklärung“ antworten die Kultusminister mit einer vom Institut für deutsche Sprache vorformulierten „Dresdner Erklärung“: Der demokrati-

sche Entscheidungsprozeß sei abgeschlossen; der verspätete Protest der Schriftsteller und Publizisten könne daran nichts ändern. Die Neuregelung habe den „Normalbürger“ im Blick. Literaten brauchten sich um Orthographieregeln nicht zu kümmern; sie könnten auch künftig „frei mit der Sprache umgehen“. Schriftsteller und Publizisten müßten „zur Kenntnis nehmen, daß ihre Interessen deshalb bei der Neuregelung der Rechtschreibung nicht im Vordergrund stehen“. Das Institut für deutsche Sprache übernimmt zwischenzeitlich ohne Auftrag die Koordination und Agitation für die Reform.

1997

März 1997: In Mannheim konstituiert sich eine zwischenstaatliche Kommission, die statt des „Duden“ in Zweifelsfällen entscheiden soll. Sie besteht überwiegend aus den Verfassern der Neuregelung selbst. Nach der öffentlichen Kritik beauftragen die Kultusminister die Kommission, den Korrekturbedarf festzustellen.

Oktober 1997: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg erklärt die vorzeitige Umsetzung der Reform für rechtswidrig. Gegen seinen Kultusminister Wernstedt setzt Ministerpräsident Schröder durch, daß die neuen Regeln für den Unterricht ausgesetzt werden. Niedersachsen bleibt das einzige Land, das ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwartet. Das OVG Lüneburg hat noch nicht entschieden.

1998

Januar/Februar 1998: Die Kultusminister und das Bundesinnenministerium lehnen alle Vorschläge der Kommission zur Änderung der teilweise als fehlerhaft erkannten Neuregelung ab.

März 1998: Der Deutsche Bundestag spricht sich gegen die Reform aus: „Die Sprache gehört dem Volk.“ Der vom Bundestag beschlossene interfraktionelle Gruppenantrag hat keine rechtlichen Konsequenzen für die Kultusministerkonferenz. Allerdings fordert der Bundestag, daß die Neurege-

lung nicht ohne Überarbeitung und Wiedervorlage in die Amtssprache zumal der Bundesbehörden eingeführt werde. Alte und neue Bundesregierung setzen sich über diesen Plenarbeschluß hinweg.

Mai 1998: 567 Professoren der Sprach- und Literaturwissenschaften warnen: „Eine derart fehlerhafte Regelung, die von den bedeutendsten Autoren und der großen Mehrheit der Bevölkerung mit guten Gründen abgelehnt wird und die Einheit der Schriftsprache auf Jahrzehnte zerstören würde, darf keinesfalls für Schulen und Behörden verbindlich gemacht werden.“

14. Juli 1998: Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Karlsruhe attestiert den Kultusministern, daß sie eine Reform verordnen dürfen, ohne dazu parlamentarisch ermächtigt zu sein.

August 1998: Offizielle Einführung der neuen Schreibweisen an allen Schulen.

September 1998: Bei einem Volksentscheid lehnen die Schleswig-Holsteiner die Einführung der neuen Regeln mit klarer Mehrheit ab.

1999

Vom 1. August 1999 an versenden die Deutsche Presse-Agentur (dpa) und die anderen deutschsprachigen Nachrichtenagenturen alle Texte in der neuen Schreibung. Allerdings beachten sie weiter die alten Kommaregeln; ferner machen sie die Eindeutschung von Fremdwörtern nicht mit. Sie bleiben dabei, bei feststehenden Begriffen nicht nur das Substantiv, sondern auch das Adjektiv groß zu schreiben. Mit den Nachrichtenagenturen stellen sich die Zeitungen um.

September 1999: Der Landtag in Kiel beschließt einstimmig die Einführung der neuen Rechtschreibung an den 1200 Schulen des Landes. Damit verwirft er den Volksentscheid.

1. August 2000: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kehrt zur alten Rechtschreibung zurück.

21. März 2003: Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung legt einen Kompromiß vor.

12. November 2003: Acht Akademien der Wissenschaften und Künste appellieren an die Kulturminister, die Rechtschreibreform zu beenden oder grundlegend zu überarbeiten.

4. März 2004: Die KMK verschiebt die Beschlußfassung über den vierten Bericht der Zwischenstaatlichen Kommission und versucht, zwischen der Akademie für Sprache und Dichtung und der Kommission zu vermitteln. Dieser Versuch scheitert.

14. Mai 2004: Das deutsche PEN-Zentrum fordert das Ende der Rechtschreibreform

4. Juni 2004: Die KMK beschließt kleinere Änderungen an der Reform, die vor allem die Getrennt- und Zusammenschreibung betreffen, und kündigt an, einen „Rat für deutsche Rechtschreibung“ einzusetzen. Die Reform soll aber wie geplant im August 2005 an deutschen Schulen verbindlich werden.

13. Juni 2004: Politiker von CDU und FDP schließen sich der Forderung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff an, die Rechtschreibreform abzuschaffen.

17. Juni 2004: Auch Kulturstaatsministerin Christina Weiss spricht sich für eine Änderung aus.

26. Juli 2004: Die Bundesregierung wendet sich gegen Bestrebungen mehrerer unionsregierter Länder, die Rechtschreibreform zu kippen.

6. August 2004: Spiegel-Verlag und Axel Springer AG folgen dem Beispiel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und kehren zur bewährten Rechtschreibung zurück. Auch die Süddeutsche Zeitung kündigt ihre Rückkehr dazu an.

6.-8. Oktober 2004: Die Ministerpräsidentenkonferenz befaßt sich in Berlin mit dem Thema Rechtschreibreform.

14./15. Oktober 2004: Die KMK befaßt sich auf ihrer Sitzung im saarländischen Mettlach ebenfalls noch einmal mit der Reform.

Quelle: FAZ NET (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

(zugesandt von Strubb) (sbb)

Und noch etwas zur Rechtschreibung:

Das erigierte Binnen-I

Schluss mit dem Unsinn: I-Schreibreform dringend nötig

„Während sich das ganze Land in diesen Tagen mit dem äußerst wichtigen Problem der alten und neuen Rechtschreibung herumplagt, wird ein wesentliches Manko der deutschen Sprache wieder einmal gründlich ignoriert: das Binnen-I. Noch immer werden viel zu wenige Worte mit dem erigierten I versehen: wo bleiben Sätze, in denen LaiInnen ans Werk gehen? Wann endlich werden wir HosenträgerInnen oder DatenträgerInnen oder FlugzeugträgerInnen begegnen? Warum gibt es noch keine DruckertreiberIn? Wir sollten, wenn es um das todschicke und hypermoderne I geht, keine GeizhalsInnen sein. Beispiele dieser Art müssen deshalb konsequent zur Regel werden, damit wir eines Tages auf eine WürstIn Gloria von Thut und Taugtnix stolz sein dürfen. Dann haben wir es endlich geschafft. Wir, die PanzerknackerInnen der deutschen Sprache.“ (TAZ, 12.8.2004)